

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

IM SCHATTEN DER SPALTUNG DES OSTBLOCKS

Chruschtschews Geburtstag

Am 17. April versammelten sich in Moskau die Führer der kommunistischen Parteien des Ostblocks, um *Chruschtschew* zum siebzigsten Geburtstag ihre Glückwünsche darzubringen. Der Anlaß hielt sich in einem betont nüchternen Rahmen, in bewußtem Gegensatz zu den byzantinischen Huldigungen, mit denen 1949 Chruschtschews Vorgänger *Stalin* zum siebzigsten Geburtstag gefeiert worden war. Aber nicht nur im äußeren Gepränge unterschieden sich die beiden Feiern — *Stalin* erlebte die seine als unbeschränkter Herrscher eines riesigen Imperiums, als «Vater der Werktätigen» aller Völker, als Gebieter über den internationalen Kommunismus, dem eben nach einem jahrelangen erbitterten Bürgerkrieg die Macht über das 600-Millionenvolk der Chinesen in die Hand gefallen war.

Chruschtschews Bilanz an seinem siebzigsten Geburtstag sieht wesentlich bescheidener aus. Moskau sieht seinen Primat innerhalb der kommunistischen Weltbewegung durch *Peking* bestritten. Die Kontroverse mit China, über die an anderer Stelle dieses Heftes ausführlich berichtet wird, hat durch die am 14. Februar gehaltene, aber erst anfangs April veröffentlichte Rede des Parteiideologen *Suslow* eine neue Verschärfung erfahren. Rückwirkungen im Satellitenreich blieben nicht aus. Der polnische Parteichef *Gomulka*, der in der ersten Aprilhälfte zu Besprechungen in Moskau weilte, hat sich in seiner Stellungnahme zum sowjetisch-chinesischen Konflikt sehr zurückhaltend geäußert. Rumänien, das wegen der Integrationsbestrebungen innerhalb des Comecon mit Moskau in Widerspruch geraten ist, begnügte sich mit der Entsendung einer aus Vertretern der zweiten Garnitur zusammengesetzten Delegation zu den Geburtstagsfeierlichkeiten, und Albanien, das auf die chinesische Linie abgeschwenkt ist und schon am 22. Parteitag

im Oktober 1961 Chruschtschew als Prügelknabe diente, hat den Geburtstag dazu benützt, Chruschtschew demonstrativ das Ehrenbürgerrecht der Stadt Tirana zu entziehen. So sieht sich Chruschtschew gegenwärtig in die Defensive gedrängt: er muß sich bemühen, die osteuropäischen Satelliten in der Auseinandersetzung mit Peking weiterhin auf die Linie Moskaus zu verpflichten; gleichzeitig aber muß er der potentiellen Gefahr einer Hinwendung der Staaten des sowjetischen Vorfeldes in Europa in Richtung Westen entgegenwirken. In doppelter Abwehrstellung fällt es dem sowjetischen Parteiführer schwer, den Kampf gegen die aggressiven chinesischen Genossen, wie er es wünschen würde, offensiv zu führen.

Es wäre wohl verfehlt, die weltpolitischen Rückwirkungen dieser wenig günstigen Position, in der sich die Sowjetunion gegenwärtig wegen des Streits mit Peking befindet, allzusehr zu überschätzen. Auf westlicher Seite sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß man bereit wäre, in eine Phase offensiver Politik gegenüber dem Osten einzutreten. Von «roll back» ist nirgends die Rede, und wenn von «Umdenken» gesprochen wird, wie Senator Fulbright es kürzlich vor dem amerikanischen Senat tat, so meinte er es im Hinblick auf eine Anerkennung des kommunistischen China, einer flexibleren Politik gegenüber Castro und Konzessionen in der Frage des Panamakanals.

Ungelöste Cypernfrage

Wie stark die Sowjetunion nach wie vor imstande ist, auf die westlichen Positionen einen Druck auszuüben, offenbarte sich auch im bisherigen Verlauf der *Cypernkrise*. Der cyprische Präsident *Makarios*, einst als gemäßigter Mann eines vernünftigen Ausgleichs bekannt, hat sich dazu verleiten lassen, immer unverhohlener mit einer Schwenkung

zur Sowjetunion hin zu drohen, in der Hoffnung, sich dadurch eine bessere Position zur Durchsetzung einer griechischen Alleinherrschaft auf der zweisprachigen Insel zu verschaffen. Makarios ging sogar so weit, die Zurückholung des in Athen lebenden Generals *Grivas*, des Anführers der EOKA, nach Cypern in Erwägung zu ziehen, obwohl er genau wußte, daß das Auftauchen dieses Mannes das Signal zu neuen blutigen Kämpfen sein würde. Die Spannung zwischen Griechenland und der Türkei mußte sich dabei bis zu einem Grade verschärfen, der die düstersten Perspektiven für die Stellung der westlichen Allianz eröffnen würde.

Makarios hat sein Spiel mit dem Feuer, das an andere unrühmliche Beispiele von Politikern der Entwicklungsländer erinnert, recht weit getrieben. Bis jetzt ist er jedoch vom äußersten zurückgeschreckt. Seine *Besprechungen in Athen* sollen zwar, wie sowohl von griechischer wie von cypriotischer Seite versichert wurde, mit einer vollen Übereinstimmung geendet haben. Tatsächlich aber sind, zumindest in Nuancen, Differenzen zwischen Athen und Nikosia nicht zu verkennen, wobei man es vorläufig dahingestellt lassen muß, wie viel davon *taktischen Überlegungen* entspringen mag. Die Regierung *Papandreou* bemüht sich jedenfalls, gemäßigter zu erscheinen; ihr Ziel ist die «volle Unabhängigkeit» Cyperns. Von einem Anschluß an Griechenland wird nicht gesprochen. Makarios hingegen, offenbar stark unter dem Druck seiner extremen Anhänger, verlangt die «Selbstbestimmung» für die Insel; Cypern soll sich also auch für einen Anschluß an Griechenland entscheiden können. Trotz dieser intransigenten Haltung aber ist der Appell an die Rückkehr *Grivas'* nach Cypern bisher unterblieben — zumindest in dieser Hinsicht scheint der Insel eine Ruhepause vergönnt zu sein, wobei niemand es wagt, deren Dauer zu ermessen.

Während die Situation auf Cypern sich ständig verschärfte, erwies sich wieder einmal, wie wenig ersprießlich die Intervention der *Vereinigten Nationen* in einen schwelenden Konflikt sich auswirkt. Am 4. März hatte der *Sicherheitsrat* der UNO die Cypernresolution angenommen, in welcher die Aufstellung

einer internationalen Streitmacht beschlossen wurde. Nach einigen Schwierigkeiten konnte am 24. März im früheren finnischen Ministerpräsidenten *Tuomioja* ein allseits genehmer Vermittler gefunden werden. *Tuomioja* machte sich denn auch ungesäumt an die Arbeit — aber von konkreten Ergebnissen war auch noch vier Wochen nach Übernahme des Auftrages praktisch nichts zu spüren. Die Kämpfe auf der Insel hielten an, und besonders die britischen Kontingente, welche die Hauptmacht der UN-Truppen stellen, waren Ziel zahlreicher bewaffneter Überfälle. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände bestehen fort; mit einem Wiederaufflammen der Kämpfe zwischen griechischen und türkischen Cyprioten muß jederzeit gerechnet werden.

Gelockerte Allianz im östlichen Mittelmeer

Die sich zu einem chronischen Krankheitsherd entwickelnde Cypernkrise hat schließlich die befürchteten Rückwirkungen auf die Stellung der NATO im östlichen Mittelmeer gehabt. Sowohl Griechenland wie die Türkei gehören dem *Atlantikpakt* an; sie bilden den östlichen, strategisch wichtigen Eckpfeiler der Allianz auf dem Balkan und in Vorderasien. Vor allem die *Türkei* sichert die Flanke der NATO und ist zudem wichtiges Bindeglied zum CENTO-Pakt. Nun hat der türkische Ministerpräsident *Inönü* in einem Interview, das an Deutlichkeit und Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ, die USA beschuldigt, der weiteren Entwicklung der Cypernkrise untätig zuzusehen, nachdem sie zunächst die Türken daran gehindert hätten, ihr vertraglich zugesichertes Interventionsrecht auszuüben. *Inönü* schloß mit einer unüberhörbaren *Drohung*. Wenn man heute erkläre, so sagte er, daß Blöcke und Allianzen nicht mehr die gleiche Bedeutung hätten wie früher, so werde die Türkei in dem neuen Weltsystem ihren Platz zu finden wissen.

Daß aus solchen Mißstimmungen und Differenzen letztlich nur *Moskau* Gewinn ziehen wird, ist unbestreitbar. Die Sowjetunion, mit ihren inneren Problemen und dem Streit mit China beschäftigt, hat sich bisher im Cypernkonflikt zurückhaltend gezeigt.

Das bedeutet nicht, daß das weiterhin so bleiben muß. Chruschtschew beabsichtigt, sich im Mai nach Kairo zu begeben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er auf Cypren Zwischenstation macht, um mit einer solchen Geste das Interesse Rußlands am Mittelmeer — eine alte, nie erfüllte Forderung der russischen Politik — demonstrativ zu unterstreichen.

Von Goulart zu Castelo Branco

Während die sowjetische Drohung nach wie vor über dem östlichen Mittelmeer schwebt, gelang es anfangs April, in Südamerika das drohende Übergreifen des Kommunismus — vorläufig wenigstens — an einem entscheidenden Punkt zu stoppen. Brasiliens immer stärker nach der politischen Linke hin tendierender Präsident *Goulart*, der die Tradition von Vargas und Quadros fortzusetzen suchte, wurde in einem von den Gouverneuren der einzelnen Gliedstaaten und den Spitzen der Armee gemeinsam durchgeführten Staatsstreich gestürzt und zur Flucht ins Ausland gezwungen.

Die Seele des Aufstandes scheint der Gouverneur des Staates Guanabara, *Lacerda*, gewesen zu sein, der schon vor zehn Jahren als entschiedener Opponent gegen die Politik des damaligen Präsidenten Vargas aufgetreten war. *Lacerda* hat als Gouverneur seines aus der alten Hauptstadt Rio de Janeiro und ihrer Umgebung bestehenden Staates sich einen Namen gemacht durch den Aufbau einer vorzüglichen Verwaltung, den Kampf gegen die Korruption, großzügige Wohnbauten und eine bedeutsame Schulreform. Seine Opposition gegen *Goulart*, dem er vor allem seine Hinwendung zum Ostblock vorwarf, verschärfte sich, als *Goulart* durchblicken ließ, er beabsichtige, die Verfassung zu ändern, die einem Präsidenten verbietet, sein Amt, dessen Dauer auf fünf Jahre begrenzt ist, zweimal hintereinander auszuüben. Das war das Zeichen für die allgemeine Erhebung gegen *Goulart*; die Unruhen von Marineunteroffizieren am Karfreitag bedeuteten nur den äußeren Anlaß. Als *Goulart* für die Rebellen Stellung nahm, brachte er auch die Armeeführung gegen sich auf.

Der gemeinsamen Koalition von Generälen und Gouverneuren ist er schließlich erlegen.

Mit *Goularts* Sturz sind freilich die Probleme Brasiliens nicht gelöst. Die galoppierende *Inflation* hat die sozialen Spannungen in diesem Land in den letzten Monaten erneut verschärft. *Goularts* Nachfolger werden über kurz oder lang vor die gleichen Fragen gestellt sein. Durch die Wahl General *Castelo Brancos*, der bis zum Ablauf der regulären Amtszeit *Goularts* im Jahre 1965 an der Spitze des Staates stehen wird, wurde eine Atempause gewonnen. Ob sie angesichts der labilen politischen und wirtschaftlichen Situation Brasiliens ausreichen wird, den Erben *Goularts* Zeit zu verschaffen, ihr eigenes Programm gründlich vorzubereiten, mit dem sie zweifellos 1965 vor die Öffentlichkeit treten wollen, wird die Zukunft zeigen müssen.

Problematik eines Streiks

Zum Schluß sei noch auf einen sozialen Konflikt hingewiesen, der wegen seiner Einmaligkeit und seiner tiefgreifenden Folgen weit über das betroffene Land hinaus Aufsehen erregt hat: der *Streik der Ärzte in Belgien*. Die Auseinandersetzung wegen der Reform eines Krankenversicherungsgesetzes, das den Ärzten unzumutbare Vorschriften machen wollte, war schon seit Monaten im Gange. Trotzdem hatte man gehofft, es werde schließlich gelingen, zu einer Kompromißlösung zu gelangen. Doch diese Hoffnungen zerschlugen sich; am 1. April traten die belgischen Ärzte in den Streik.

Niemand, der die unbefriedigenden Verhältnisse auf diesem Gebiet in Belgien kennt, wird den Ärzten das Recht auf einen massiven Protest verweigern. Die zum größten Teil den Gewerkschaften gehörenden Krankenkassen hatten sich im Laufe der Jahre zu Institutionen entwickelt, deren Gewicht und deren Forderungen den freien Ärztestand in geradezu untragbarer Weise einzuschnüren begannen. Die Honoraransätze, die die Krankenkassen vorschrieben, waren unter jeder Kritik, die Versuche der Krankenkassen, sich in medizinische Belange einzumischen,

schen, für die Ärzte eine Zumutung. Daß die Ärzte schließlich ihre Standesinteressen nur noch mit den äußersten Mitteln verteidigen zu können glaubten, ist begreiflich.

Die Art, wie dieser Protest dann schließlich durchgeführt wurde, wirkte jedoch *schockierend*, vor allem, weil durch den Streik ja nicht jene getroffen wurden, an die man Forderungen zu stellen hatte, sondern ganz andere: Leidende, Hilflose, Greise und vor allem Kinder. Daß ein solcher Streik die Leidenschaften gegenseitig aufputschen mußte, war unvermeidlich, und man konnte es deshalb mit Aufatmen begrüßen, daß nach

langen und hart geführten Verhandlungen am 18. April endlich eine provisorische *Verständigung* zustande kam und der Streik abgebrochen wurde. Für die Schweiz dürfte dieser Ausstand der Ärzte eine Lehre sein, die Verstaatlichung des Gesundheitswesens nicht bis ins Extrem zu treiben, sondern beizeiten dafür zu sorgen, daß einem Berufsstand, dem, wie jenem der Ärzte, eine für das Volkswohl schwere Verantwortung übertragen ist, auch mit jener Großzügigkeit und jenem Vertrauen begegnet wird, die seiner Bedeutung angemessen sind.

Fabius

CHRUSCHTSCHEW CONTRA MAO TSE-TUNG

Kritische Gedanken über die Methoden des Streites

Der Konflikt zwischen Moskau und Peking hat nunmehr jene Phase erreicht, in der Kompromißlösungen nicht mehr gesucht werden. Auf beiden Seiten herrscht der Geist der Unversöhnlichkeit, der Chruschtschew und Mao Tse-tung zu immer schärfer klingenden Anklagen treibt. Man spürt deutlich die persönliche Aversion der beiden Antipoden im Weltkommunismus, denen jedes Mittel der Kränkung lieb ist. Sie müssen sich sehr hassen, und das hat alle Vermittlungsversuche, welche die Kommunisten Indonesiens, Japans, Polens und Rumäniens unternahmen, zum Scheitern verurteilt. Ein neues Paktieren dürften Chruschtschew und Mao Tse-tung für zwecklos halten. Beide haben sich offensichtlich mit der Irreparabilität der gestörten Beziehungen abgefunden und trachten nur danach, wie man die Schuld für den Bruch dem anderen zuschieben kann, damit er sie vor der internationalen kommunistischen Bewegung und vor der Geschichte trägt.

Die Polemik zwischen den Sowjets und den Chinesen ist im Grunde genommen keine Polemik mehr, sondern ein mit Schmähungen und Injurien geführtes Palaver, ähnlich wie dies vor Jahrhunderten üblich war, als man sich zunächst ausgiebig beschimpfte und

dann zu den Waffen griff. Der Zerfall der guten Manieren und, was noch wichtiger ist, des geistigen Niveaus sowie der Stichhaltigkeit im Argumentieren, scheint geradezu erschreckend zu sein. Vergleicht man den jetzigen Streit unter den Epigonen des Marxismus mit jenen Disputen, die Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwischen den führenden Köpfen der Linksparteien ausgefochten wurden, erscheinen uns die damaligen Auseinandersetzungen wie ein elegantes Florettfechten und die heutigen wie ein Zweikampf mit der Steinaxt. Darin äußert sich die ganze Vulgarisierung, die der Marxismus von einer geistig-politischen Idee bis zu seiner heutigen Reinkarnation im totalitären Staatswesen durchgemacht hat. Darin zeigt sich auch, daß, ungeachtet des Todes Stalins und der ganzen Entstalinisierung, sein nivellierender Geist, beziehungsweise Ungeist, der den Marxismus in eine der schlimmsten menschenfeindlichen Richtungen verwandelte, noch immer lebt. Auf diese Weise rächt sich auch das in Rußland posthum gestürzte Idol — Stalin —, denn wenn auch seine sowjetischen Nachfolger ihn verdammen, im Kampf gegen die chinesischen Anbeter Stalins bedienen sie sich ähnlicher Methoden von Fäl-

schungen und Verdrehungskünsten wie sie der Besieger Trotzki gegen die Oppositionellen bis in die letzte Phase seines Lebens, das heißt im Streit mit Tito, anwendete.

Chruschtschew beschuldigt Mao Tse-tung, daß dieser die verderblichen Ideen und Methoden Stalins übernimmt. Aber Stalinismus bedeutet ja nicht nur die Spätphase dieses Systems, das heißt nicht nur den Zeitraum eines uneingeschränkt herrschenden Cäsarenwahnsinns und des Massenterrors. Diese Merkmale, die sich im russischen Bolschewismus unter Stalins Herrschaft in allen Sphären des öffentlichen Lebens bemerkbar machten, trifft man im Reiche Mao Tse-tungs ja fast gar nicht, denn der chinesische Kommunistenführer hat es unterlassen, eine blinde Macht der Geheimpolizei einzuführen, in seiner Umgebung blutige Säuberungen und grausame Schauprozesse abzuhalten, angebliche Konkurrenten zu liquidieren und massenweise Konzentrationslager zu errichten. Was Mao Tse-tung an praktischer Politik in seinem Lande tut, ist im Grunde genommen nichts anderes als der Stalinismus der ersten Phase, zu der auch Chruschtschew bisher treu steht und an ihr bisher nicht gerüttelt hat. Der Ausspruch vom «Großen Sprung nach vorn», oder die Losung «Der Wind aus dem Osten ist stärker als der Wind aus dem Westen» wie auch die These vom «Papiertiger», das alles sind mehr oder weniger Methoden, die sich mit Stalins politischen Mitteln vergleichen lassen, mit denen er die forcierte Industrialisierung, die abrupte Kollektivierung, kurzum die Verwirklichung des Sozialismus in einem Lande realisierte. Von allen diesen Tatsachen, welche die Grundlagen für den sowjetischen Totalitarismus schufen, wie auch von dem ganzen bürokratischen Ritual, ferner von der Selbstkritik und von der Umwandlung des Marxismus-Leninismus als einer ursprünglich rationalen Idee in einen Glauben ist Chruschtschew bis heute nicht abgerückt. Das macht die ganze Auseinandersetzung um den Stalinismus unüberzeugend. Solange sich die Sowjets von den Schauprozessen der dreißiger Jahre, der Abschaffung der Diskussionsfreiheit und der Einführung der heute noch vollgültigen grundsätzlichen Ele-

mente der Stalinschen Politik aus der ersten vorterroristischen Phase nicht distanzieren, können sie kaum damit rechnen, daß man ihre Behauptungen im Kampf gegen Mao Tse-tung zum Nennpreis abnimmt.

Genauso künstlich und unrichtig sind die Argumente, welche Moskau auf dem außenpolitischen Gebiet der Streitigkeiten anführt. Das, was die Chinesen heute tun, ist nichts anderes als das, was Lenin in den zwanziger Jahren tat. Ihnen geht es genau so wie den Sowjets in der Frühperiode der Existenz des bolschewistischen Staates um die Durchbrechung der diplomatischen Blockade Chinas, um den Ausweg aus der außenpolitischen Isolierung. Die Vorwürfe, mit welchen Moskau jetzt Peking deshalb überschüttet, weil es nach Kontakten mit den westeuropäischen Ländern und Regierungen sucht, erscheinen im Licht der eigenen sowjetischen Führung als wenig stichhaltig. Denn China tut seinerseits nichts anderes, als was die Sowjetunion tat, als sie sich um die Anerkennung seitens jener Regierungen bewarb, die damals am ehesten dazu neigten. Beinahe automatisch stellt sich dabei der Vergleich zwischen dem Werben Moskaus um die Weimarer Republik und dem Liebäugeln Pekings mit Frankreich auf. Die Anerkennung Rotchinas durch die französische Regierung de Gaulles im Jahre 1964 hat große Ähnlichkeit mit dem Abschluß des Rapallo-Vertrages zwischen der damaligen Russischen Föderativen Sowjetrepublik und dem republikanischen Deutschland im Jahre 1922. So wie jener Vertrag für die Sowjetunion den langersehnten Durchbruch der diplomatischen Blockade bedeutete, hat die Anerkennung durch Frankreich einen ähnlichen Wert für China. Zwar war Rotchina bereits seit einigen Jahren durch Großbritannien anerkannt, aber die praktische Bedeutung dieser Beziehungen glich etwa jener, welche die russische Föderation vor dem Rapallo-Vertrag mit Italien besaß.

Auch in der Ausnützung der Autorität Lenins im Streit zwischen Chruschtschew und Mao Tse-tung herrscht eine ähnliche Übereinstimmung. Die Chinesen haben alle die revolutionären Schriften Lenins für sich beansprucht, in denen er einen unversöhnlichen Kampf gegen die Menschewiki, So-

zialdemokraten und alle Reformisten führte. Ihre sowjetischen Widersacher berufen sich wiederum auf jenen Lenin, der zu innen- und außenpolitischen Kompromissen neigte, den Frieden in Brest-Litowsk schloß und ihn verteidigte sowie die prokapitalistische «Neue Ökonomische Politik» einführte. Was bei dem Schöpfer der Weltrevolution je nach Lage als taktische Waffe im revolutionären Kampf diente, ist nunmehr von den beiden streitenden Gruppierungen im Weltkommunismus zum Dogma erhoben worden. Insofern haben sowohl die Chinesen wie auch die Sowjets recht, wenn die einen mit den Ansichten Lenins das Konzept der friedlichen Koexistenz bekämpfen und die anderen dieses Programm verteidigen.

Noch mehr Verwirrung herrscht auf dem Gebiet der gegenseitigen Vorwürfe, die von nationalem Egoismus und von Großmachtchauvinismus sprechen. Beschuldigungen dieser Art haben zunächst die Chinesen erhoben, als sie den sowjetischen Kommunisten vorwarfen, diese mißachteten die Gleichberechtigung mit den Bruderparteien und betrieben gegenüber den Ländern Ost- und Südosteuropas eine Ausbeutungspolitik. Die jetzige Replik Moskaus beweist, wie sehr die Sowjets sich getroffen fühlen, denn Peking

hat damals die höchst diffizile und delikate Frage der sowjetischen Machtpolitik aufgeworfen. Moskau revanchiert sich jetzt mit den gleichen Waffen und versucht zu behaupten, daß eine der Hauptquellen der chinesischen Haltung im Weltkommunismus eben der früher der Sowjetunion zugeschriebene Nationalismus und Großmachtchauvinismus sei. In diesem Falle haben natürlich die Chinesen die Oberhand; sie sind in der besseren Lage, weil sie nicht so viel fremdes Territorium mit anderen Völkern in Besitz halten wie Moskau. Wenn man von Tibet absieht und von einigen Gebieten, die von Kasachen bewohnt sind, etwa in der Provinz Sinkiang, ist China doch ein recht homogenes Land. Beide Seiten werfen sich auch den Personenkult mit Chruschtschew und Mao Tse-tung vor. In diesem Falle sind die Sowjets etwas mehr im Recht, weil der chinesische Führer mit einem Hauch jener Atmosphäre umgeben ist, die einst um die großen Despoten des Orients herrschte. Auf Chruschtschew trifft das zwar weniger zu, aber auch er kann nicht ganz abstreiten, daß sich um ihn ein Führerkult von Jahr zu Jahr stärker bemerkbar macht.

Alexander Korab

TOLERANZ, LIEBE, WAHRHEIT

Am 14./15. März fand in Zürich ein *Ökumenisches Wochenende für evangelische und katholische Akademiker* statt, an dem die «Toleranz als ökumenisches Problem» von katholischen und evangelischen Referenten beleuchtet wurde¹. Von protestantischer Seite sprachen Dr. theol. Peter Vogelsanger, Pfarrer am Fraumünster, Zürich, und Nationalrat Peter Dürrenmatt; von katholischer Seite kamen der Bonner Theologieprofessor Dr. Franz Böckle, der Schriftsteller Dr. theol. Otto Karrer, Luzern, Professor Feiner vom Priesterseminar Chur und, als Vertreter des Zürcher Regierungsrates, Dr. Urs Bürgi zu Wort. Die drei Landeskirchen waren nicht offiziell vertreten.

Im folgenden werden die Grundthesen der beiden Referenten (1 und 2) und die praktischen Folgerungen (4), die sich im wesentlichen deckten, dargestellt, während unter (3) und (5) Fragen zum Problemkreis diskutiert werden.

(1) *Toleranz ist Liebe*: Beide Hauptreferenten (Böckle und Vogelsanger) waren sich darin einig, daß christlicher Glaube unablässig mit der Toleranz *Personen gegenüber* verbunden ist. Dabei wurde Toleranz ausdrücklich nicht nur als passives Ertragen fremdartiger Weltanschauungen verstanden, sondern der tiefere Sinn des lateinischen «tolerare» wurde als «erhalten, ernähren, aushalten, unterstützen» dargelegt. Weil dem so

ist, müssen die Restbestände kirchlicher Intoleranz, vor allem auch den religiösen Minderheiten gegenüber, überwunden werden. Dabei ist auch gegenüber jenen Leuten Toleranz zu üben, die die ihnen oder ihren Vorfahren gegenüber begangenen Grausamkeiten nicht so leicht vergessen und vergeben können, damit nicht die Ökumeniker durch ihre «ökumenische» Ungeduld selbst unduldsam werden. Wir wurden daran erinnert: die Toleranz ist aus der Mitte des Evangeliums herausgewachsen. Daran ändert auch die Tatsache — die uns Christen zum Nachdenken zwingen wird — nichts, daß die Toleranz in der Geschichte zu oft gegen die Kirche durchgekämpft werden mußte, die den engen Zusammenhang zwischen liebender Toleranz und Glaube sowie zwischen sturer Rechthaberei und Unglaube zu vergessen in Gefahr war (Vogelsanger). Ganz ähnlich argumentierte der katholische Referent. Er setzte sich in geistvoller und durchschlagender Weise mit den geschichtlichen Einwänden der katholischen Kirche gegen die Toleranzidee auseinander. Toleranz bedeutet nicht, daß Wahrheit und Irrtum das gleiche Recht haben. Wahrheit und Irrtum haben überhaupt keine Rechte; Rechte kommen nur Personen zu, die als Träger von Wahrheit und Irrtum auftreten. Dabei sind diese Personen nur glaubwürdig als Träger eines Glaubens, der den andersartigen Menschen in seinem anderen Glauben, nötigenfalls auch in seinem Irrtum anerkennt, ohne dadurch auf die Möglichkeit des Kampfes gegen den Irrtum zu verzichten.

(2) *Toleranz ist nicht Gleichgültigkeit:* Ebenso einig war man sich darin, daß Toleranz nicht mit der Preisgabe der Wahrheitsfrage identisch sei. Vogelsanger sprach von einer «Intoleranz des Glaubens», die aus Liebe dem Menschen gegenüber und aus Feindschaft gegen dessen Versklavung und Verdogmatisierung immer wieder auf den Jesus hinweisen muß, der in leidenschaftlicher Intoleranz alle offenen und versteckten menschlichen Usurpationen der Wahrheit, die allein Gottes Wahrheit ist, aufdeckt. Ebenso wies Böckle auf den Unterschied zwischen dem rein formalen, gleichgültigen Dulden fremder Überzeugungen hin (das in

der modernen Gesellschaft prinzipiell anerkannt ist) und dem christlichen Absolutheitsanspruch der Wahrheit, der die Anerkennung verschiedener echter Möglichkeiten der Begegnung mit Gott und verschiedene Ausprägungen des Wahrheitsgehaltes in menschlichen Denkformen nicht ausschließt.

(3) *Toleranz als erkenntnistheoretisches Prinzip:* Da von beiden Seiten betont wurde, daß keine einzelne Kirche die ganze Wahrheit besitze und keine menschliche Aussage über die Wahrheit Wahrheit schlechthin sei, drängte sich die Frage nach echter Partnerschaft in der Erkenntnisfindung auf im Hinblick auf die Formulierung ethischer und theologischer Wahrheit, im Aufzeigen der für uns heute richtigen und darum hilfreichen Glaubensaussagen. Gerade von katholischen Referenten wurde auf die Vorläufigkeit und geschichtliche Bedingtheit der «unfehlbaren» Aussagen des Papstes ex cathedra und der Kirche, insofern sie auch menschliche Institution ist, hingewiesen. Wir sind auf dem Weg und nicht am Ziel, wurde den Protestanten mehrmals zugerufen. In der Diskussionsgruppe, an der der Berichterstatter teilnahm, gab man sich katholischerseits ungeheure Mühe, dem Unfehlbarkeitsdogma des Vatikanums I seine die Protestanten (und offenbar auch nicht wenige Katholiken) schockierende «einseitige Auslegung» zu nehmen und es als eine geschichtlich notwendige, prinzipiell aber überholbare und durch das Vatikanum II konziliarisch zu ergänzende Aussage zu interpretieren.

Von evangelischer Seite wurde festgehalten: Es ist ein Zeichen des Unglaubens, wenn wir unsere Wahrheitsform nicht der Kritik und dem Urteil der Andersgläubigen und der Ungläubigen aussetzen. Echter Glaube vertraut darauf, daß er sich durchsetzt, gerade weil er Gottes und nicht mein Glaube ist. Zweifel und Unglauben hingegen müssen zu psychischen oder gar politischen Zwangsmaßnahmen greifen, weil sie im Grund selber nicht an ihren Unglauben glauben. Die an dieser Stelle aufbrechenden Fragen (in diesem Bericht etwas zugespitzt formuliert) gingen im Verlauf der Tagung unter. Und dies, obschon beide Hauptreferenten keineswegs einer ökumenischen Eupho-

rie auf Kosten der Sachdiskussion das Wort redeten und obschon hier ein wichtiges Problem sitzt, das vermutlich schwerwiegende Gegensätze quer durch die Konfessionen hindurch zutage fördern wird.

(4) *Praktische Folgerungen*: Um so ertragreicher waren die von beiden Seiten gezogenen praktischen Folgerungen. Besonders erwähnt werden muß hier eine Eingabe der katholischen Moraltheologen aus dem deutschen Sprachgebiet an das Vatikanische Konzil, das folgende wichtige Feststellungen und Postulate enthält:

«Die kirchliche Verkündigung der offenbaren Wahrheiten ergeht an den Menschen, der die göttliche Botschaft unter Gnade in freier Entscheidung entgegennimmt. Der Verkündigung und dem seelsorgerlichen Schutz des religiösen Glaubens sind daher Mittel psychischen und physischen Zwanges vom Wesen her unangemessen. Die aus diesen Voraussetzungen erwachsende religiöse Toleranz ist im Christentum durch das Vorbild Jesu grundgelegt. . . Die religiöse Toleranz ist grundsätzlich und mit aller Folgerichtigkeit nicht als Stellungnahme zur Wahrheitsfrage zu verstehen, sondern als innerlich freies, im Glauben gefestigtes Verhalten zum Mitmenschen. Sie ist Pflicht der Gerechtigkeit, die durch Liebe vertieft und erweitert wird. Die Kirche und der einzelne Christ wissen sich der objektiven Offenbarungsbotschaft und ihrer Verkündigung absolut und ohne Einschränkung verpflichtet. Jedoch lehnt die Kirche jeden die persönliche Überzeugungsfreiheit einschränkenden oder verletzenden Zwang in religiösen Dingen ab und erträgt aus Achtung vor der menschlichen Person auch Beeinträchtigung, die durch das Dasein andersgläubiger und ungläubiger Menschen oder Gemeinschaften entstehen.

In den Augen der Nichtkatholiken ist die Kirche immer noch belastet durch Dinge, die ihrer Geschichte angehören. Sie müßten zwar aus vergangenen geschichtlichen Voraussetzungen verstanden werden; sie werden aber auch der heutigen Kirche zur Last gelegt, weil sich die Kirche niemals von ihnen offiziell distanziert hat. Sehr viele Menschen außerhalb der Kirche haben den Verdacht,

daß die katholische Kirche, wenn sie könnte, zu allen Gewaltmitteln zurückkehren würde, die sie in ihrer Vergangenheit angewandt hat. Darum wäre es von größter Bedeutung, daß die Kirche in diesen Punkten eindeutige Erklärungen abgibt. Solche Äußerungen werden erwartet, und sie können als amtliche Klärung mehr wirken als Reformen in Einzeldingen.

Der Inhalt dieser Erklärungen müßte vor allem sein: Die Kirche bekräftigt ihre Lehre von der gottebenbildlichen Würde und Freiheit der menschlichen Person. Sie achtet jeden Menschen in den religiösen und sittlichen Entscheidungen, die er nach bestem Wissen und Gewissen trifft, und erklärt es als Unrecht, ihn wegen seiner religiösen Äußerungen und Betätigungen, solange sie nicht mit wesentlichen Rechten des einzelnen oder der Gemeinschaft in Widerspruch stehen, unter freiheitsbeschränkende Rechtsnormen zu stellen. . .

Die offizielle Stellung der Kirche in gewissen kirchenrechtlichen Bestimmungen geht von der Annahme aus, daß alle nichtkatholischen Christen Häretiker und Schismatiker im eigentlichen Sinne seien. Diese Annahme ist, im ganzen genommen, durch die Veränderung der Verhältnisse in Jahrhunderten weithin als nicht mehr begründbar anzusehen. Daraus müßten die notwendigen Folgerungen gezogen werden.

Von großer Bedeutung wäre die ausdrückliche Anerkennung, daß es auch in nichtkatholischen Gemeinschaften aufrichtigen und christlichen Glauben und wahre Frömmigkeit gibt und daß es ein positiver Wert ist, wenn nichtkatholische Christen eifrig nach ihrem Glauben leben und ihn in Gottesdienst und Gebet üben. Es sollte erklärt werden, daß die Kirche getaufte Christen, auch wenn sie außerhalb der katholischen Kirche stehen, in ihrem Christsein anerkennt und um eine Gemeinsamkeit mit ihnen in Christus dem Herrn weiß, auch wenn sie bedauert, daß sie um der Glaubensspaltung willen am vollen Leben der Kirche nicht teilnehmen können.»

Weiter forderte Böckle eine Revision des CIC, nach dessen Bestimmungen, wie der katholische Referent selber ausführte, ab

1918 eine nichtkatholisch getraute Mischehe als Konkubinat zu betrachten sei, während derselbe Tatbestand vor dem Stichtag auch katholischerseits als Ehe angeschaut wurde. Was der Kirche während neunzehn Jahrhunderten möglich war, sollte auch heute noch (oder wieder) möglich sein! Vogelsanger wies ebenfalls auf die unglückliche Mischenpolitik hin, und beide Referenten forderten Abschaffung des Indexzwanges und der Jesuitenartikel».

Die Forderungen Böckles wurden evangelischerseits mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, gleichzeitig aber als das absolute Minimum bezeichnet, für das man sich auf evangelischer Seite schon seit langem eingesetzt habe. Auffallend und bedauerlich ist, wie Max Schoch in der NZZ Nr. 1418 feststellt, daß in der obigen Erklärung sorgfältig vermieden wurde, die evangelischen Kirchen als vollgültige Kirchen anzuerkennen. Die Erklärung gilt nur den einzelnen evangelischen Christen, die zudem wegen der Glaubensspaltung nicht «am vollen Leben der Kirche teilnehmen können».

War man sich also in diesen praktischen Forderungen einig, so scheinen dem Berichtserstatter einige Fragen offen geblieben zu sein:

(5) *Fragen:* Wenn der christliche Glaube nicht von uns Menschen, sondern von Gott selber garantiert wird und wir ihn infolgedessen der kritischen Beurteilung des Andersgläubigen oder des Ungläubigen aussetzen dürfen, ergäbe sich daraus die Folgerung, daß die beiden Konfessionen sich auch *theologisch* als Partner anerkennen und in Frage stellen könnten und müßten. Inwiefern ist aber ein solches dialogisches Suchen nach Wahrheit möglich, wenn einer der beiden Partner durch zwar nicht absolut gültige, aber heute doch noch bindende Formulie-

rungen fixiert ist? Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob das ökumenische Klima als ehrliche Öffnung zur Partnerschaft, als momentane Eingebung oder utilitaristische Taktik verstanden werden muß.

Der Unglaube tritt in den heute geschichtlich wirksamen Formen fast immer intolerant auf. Wie weit kann der Glaube dieser Intoleranz gegenüber tolerant sein, wenn er nicht sein Geschäft preisgeben will, den Menschen vor Verdogmatisierung — und diese gibt es nicht nur in religiöser Form — und Versklavung zu schützen? Diese letzte Frage wurde in Vogelsangers Referat berührt («Je stärker ein Staat innerlich verankert ist in den christlichen Gedanken über die Funktionen und Grenzen des rechten Staates, desto mehr wird er zum Wächter und Garanten der religiösen Freiheiten; je weniger ein Staat seine im Evangelium gezogenen und erkannten Grenzen sieht, desto intoleranter droht er zu werden»), in der Diskussionsgruppe «Toleranz im Staat» diskutiert, aber nicht weiter geführt. Insbesondere ist auch die Auskunft Böckles («eine Person hat solange das Recht auf Irrtum, solange sie die Rechte Dritter oder das allgemeine Wohl nicht tangiert») ungenügend, denn jeder Irrtum eines einzelnen bringt Not und Schaden über andere. Zudem ist gerade das, was als «allgemeines Wohl» und als «das Recht Dritter» betrachtet werden soll, außerhalb und wahrscheinlich auch innerhalb unserer christlichen Tradition strittig.

Walter J. Hollenweger

¹Die Referate werden im Herbst 1964 unter dem Titel «Toleranz als ökumenisches Problem» im Benziger-Verlag, Einsiedeln, und im Zwingli-Verlag, Zürich, erscheinen.

Wenn die Wirkung Augustins in Kirchen- und Geistesgeschichte nicht groß genug gesehen werden kann, wenn die Wissenschaft ihr auf vielen Spuren nachgeht, so ist seine ganz eigentümliche Stellung diese, daß er über 1500 Jahre hinweg als Mensch nahe und lebendig geblieben. Seine «Bekenntnisse» sind eines der großartigsten Dokumente der Weltliteratur, von gewaltiger Eindringlichkeit der schonungslosen Selbstschau. Harnack hat sie mit Faust verglichen — wir sind die Zeugen eines Ringens um Klarheit, einer herrlich reichen Natur, leidenschaftlich, gebildet, ja geistreich, und daneben von urtümlichen Kräften geladen. Die Zeit der Renaissance griff nach diesem Buch: Hier war vor einem Jahrtausend die durch alle Zeit Geltung behaltende religiöse Persönlichkeit geboren worden. Kein Zweifel, daß Luther gerade auch von diesem Ungestüm des religiösen Suchens getroffen worden. Die Bekenntnisse stehen unter dem Wort: «Du, Herr, hast uns auf dich hin geschaffen, und unser Herz ist unruhig, bis es Ruhe findet in dir.»

Aus Theodor Heuß: Profile

Rainer Wunderlich Verlag, Tübingen 1964